

Kinder- und Jugendprogramm der BJV

Forderungen an die neue Bundesregierung
aus Kinder- und Jugendperspektive

September 2019



Inhaltsverzeichnis

1. Mitbestimmung und Teilhabe	4
2. Klima und nachhaltige Entwicklung.....	5
3. Kinder- und Jugendrechte.....	6
4. Bildung	7
5. Arbeitsmarkt.....	8
6. Gesundheit	9
7. EU und Internationales.....	10
8. Diversität und Inklusion.....	11
9. Gender Equality	12
10. Netzpolitik und Digitalisierung	13
11. Leistbares Leben.....	14
12. Außerschulische Kinder- und Jugendarbeit.....	15

Kontakt und Rückfragehinweis

Mag.a Anna Pranic
Öffentlichkeitsarbeit
Tel.: 01/2144499-25
presse@bjv.at
www.bjv.at



Einleitung

Eine der zentralen Aufgaben der Bundesjugendvertretung (BJV) ist es, die Anliegen von Kindern und Jugendlichen in aktuelle politische Debatten einzubringen und sich für ihre Interessen einzusetzen.

Rund um die Nationalratswahlen und die kommenden Koalitionsverhandlungen hat die BJV daher ihre Forderungen zu den derzeit brennenden Kinder- und Jugendthemen zusammengefasst. Der vorliegende Forderungskatalog wird den wahlwerbenden Parteien und VerhandlerInnen als Input aus Kinder- und Jugendperspektive übermittelt.

Zu betonen ist, dass Kinder- und Jugendanliegen als Querschnittsmaterie zu behandeln sind: Nahezu alle politischen Entscheidungen haben spezifische Auswirkungen auf junge Menschen. Bei der Erarbeitung eines neuen Regierungsprogramms ist es daher unerlässlich, die Anliegen junger Menschen quer durch die Ressorts einzubeziehen und die BJV als ihre Vertretung in die Debatte einzubinden. Die BJV ruft die verhandelnden Parteien daher auf, Jugendpartizipation ernst zu nehmen und in ihrer politischen Arbeit zu verankern.

Als Expertin in Kinder- und Jugendfragen steht die BJV gerne für Gespräche zur Verfügung. Ziel muss die Erarbeitung von Maßnahmen sein, die im Laufe der nächsten Legislaturperiode tatsächlich im Alltag von Kindern und Jugendlichen ankommen und ihre Lebenssituation verbessern.



1. Mitbestimmung und Teilhabe

Kinder und Jugendliche müssen mit ihren Anliegen in Politik und Öffentlichkeit ausreichend Gehör finden. Sie müssen ihre Lebensbedingungen aktiv mitgestalten können. Daher muss ihre Partizipation auf unterschiedlichen Ebenen gefördert und gewährleistet werden.

WIR FORDERN: Mitbestimmung von Kindern und Jugendlichen in allen Bereichen, die sie betreffen!

Das heißt:

- **Mitbestimmungsmöglichkeiten für junge Menschen** auf allen Ebenen (Gemeinde/Land/Bund/EU) – mit Fokus auf benachteiligte Gruppen. Ausbau von Jugendgemeinderäten und studentischer Mitbestimmung
- **Inflationsanpassung der Kinder- und Jugendförderung** zur Gewährleistung einer flächendeckenden, diversen und qualitativen außerschulischen Kinder- und Jugendarbeit
- **Flächendeckende Umsetzung von Politischer Bildung** als eigenes Schulfach ab der 5. Schulstufe in allen Schulformen
- **Stärkung der Jugendstrategie unter Einbindung der BJV:** Einführung von Jugendbeauftragten in Ministerien, Aufwertung der „Wirkungsorientierten Folgenabschätzung (WFA) Kinder und Jugend“ zu einem wirksamen Tool, das die Einbeziehung von Kindern und Jugendlichen im Gesetzgebungsprozess vorsieht
- **BenutzerInnenfreundlicher, niederschwelliger und barrierefreier Zugang für alle zu Informationen aus Politik und Verwaltung** (bspw. Open Government – d.h. Transparenz und direkter Zugang zu Politik und Verwaltung, Vermittlung in leicht verständlicher Sprache)
- **Lückenlose Einbeziehung der BJV in politische Prozesse und Entscheidungen** entsprechend ihrem sozialpartnerschaftlichen Status



2. Klima und nachhaltige Entwicklung

Kinder und Jugendliche auf der ganzen Welt haben das Recht, in einer sauberen Umwelt und ohne Umweltgefahren aufzuwachsen. In Sachen Klimapolitik stehen wir als Gesellschaft an einem Scheideweg. Es gilt, die Erderhitzung schnellstmöglich einzubremsen, damit wir nicht die Lebensgrundlage von jungen Menschen und künftigen Generationen aufs Spiel setzen.

WIR FORDERN: Eine ambitionierte Klimapolitik für eine nachhaltige Zukunft!

Das heißt:

- **Klimaschutz in die Verfassung**
- **Umfassende Förderung des Klimaschutzes**, bspw. durch flächendeckenden Umstieg auf Ökostrom bis 2030 unter Berücksichtigung von Biodiversität beim Ausbau von Einrichtungen zur Energiegewinnung
- **Ökosoziale Steuerreform** und eine zukunftsfähige **Klimasteuer** auf Treibhausgasen, die ein **soziales Ausgleichsmodell** beinhaltet
- **EU-weite und globale Abschaffung der Kerosinsteuerbefreiung**
- **Leistbare, umwelt- und gesundheitsfreundliche Mobilität**: Ausbau der öffentlichen Verkehrsmittel, österreichweites Jugendticket, Investitionen in Forschung und Entwicklung zur Senkung von Emissionen im Individualverkehr
- **Umstellung der Ernährung** auf **regionale und saisonale** Lebensmitteln mit geringem CO₂-Fußabdruck, **verpflichtende Herkunftskennzeichnung auch bei verarbeiteten Produkten und in der Gastronomie** (u.a. bei öffentlichen Einrichtungen, Kantinen, Schulbuffets sowie Veranstaltungen)
- **Neuausrichtung der Landwirtschaft**: **ökologische Landwirtschaft** sowie **Reduzierung der transportbedingten Emissionen** durch mehr Selbstversorgung
- **Verdopplung der öffentlichen Zuschüsse für die österreichischen Programme im Rahmen der Klimafinanzierung** bis 2020 auf 150 Mio. Euro jährlich
- **Finanzielle und technische Unterstützung von Entwicklungsländern bei der Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen**, Leistung eines angemessenen Beitrags zum Green Climate Fund
- **Konsequente Umsetzung der Sustainable Development Goals (SDGs), Erfüllung der Ziele des Pariser Klimaabkommens**, Erstellung einer übergeordneten und ministeriumsübergreifenden **SDG-Strategie unter Einbindung der Zivilgesellschaft**
- **Globale Durchsetzung eines Privatisierungsverbots von öffentlichen Gütern, Beseitigung sozialer Ungleichheiten** auf allen Ebenen durch gleichberechtigten nachhaltigen Zugang zu natürlichen Ressourcen, wie bspw. Wasser



3. Kinder- und Jugendrechte

Kinder und Jugendliche haben Rechte. Diese Rechte gilt es in allen Lebensbereichen zu wahren und zu verstärken. Die UN-Kinderrechtskonvention feiert im Jahr 2019 ihr 30-jähriges Bestehen. Trotzdem mangelt es immer noch vielerorts am Bewusstsein dafür, dass Kinder mit ihren Rechten als eigenständige Persönlichkeiten zu respektieren und ernst zu nehmen sind.

WIR FORDERN: Recht auf Kind-Sein für alle Kinder, egal woher sie kommen und in welchem Umfeld sie aufwachsen!

Das heißt:

- **Vollständige Umsetzung und Verankerung der UN-Kinderrechtskonvention in der Bundesverfassung**, Ratifizierung des 3. Zusatzprotokolls
- **Rückführung der Kinder- und Jugendhilfe in Bundeskompetenz**. Bis dies erreicht ist: Schaffung von einheitlichen Qualitätsstandards sowie wirksame Mechanismen zu deren Umsetzung und Weiterentwicklung
- **Verlängerung von Kinder- und Jugendhilfemaßnahmen bis zum 26. Lebensjahr** bzw. **Recht auf Wiedereinstieg** bei Bedarf; Ausbau der Unterstützung am Weg in die Selbständigkeit
- **Sofortige Übernahme der Verantwortung der Kinder- und Jugendhilfe (Obsorge) für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge** bei der Einreise nach Österreich
- **Verbesserungen im Asylverfahren**: Beachtung des Vorrangigkeitsprinzips des Kindeswohls, verkürzte Dauer, Qualität durch geschultes Personal, unabhängige Rechtsberatung usw.
- **Volle Gleichstellung von Wehr- und Zivildienern** (insb. Angleichung der Dauer auf 6 Monate), Erhöhung der Entschädigung, ausreichende Information und rechtliche Sicherheit bzgl. der Möglichkeiten von Alternativdiensten spätestens zum Zeitpunkt der Stellung und rechtzeitige Benachrichtigung vor Ablauf der Beantragungsfrist



4. Bildung

Kinder und Jugendliche haben das Recht auf gute Bildung. Das bedeutet, dass sie im formalen Bildungssystem bestmöglich begleitet und auf ihr späteres Leben vorbereitet werden sollen. Darum gilt es, bildungspolitische Maßnahmen mit Weitsicht zu treffen.

WIR FORDERN: Schule soll ein Ort sein, an dem sich junge Menschen gerne aufhalten und der ihre Lebensrealitäten widerspiegelt!

Das heißt:

- **Neuausrichtung des Unterrichts:** Flexiblere Unterrichtsgestaltung (projektbezogenes und fächerübergreifendes Lernen), modulare Oberstufe mit Kurssystem, Stärkung und Förderung von Potenzialen
- **Stärkung der Partizipation von Kindern und Jugendlichen in der Schule,** Schule als Lernort für Demokratie nutzen
- **Finanzierung und Ausstattung von Schulen** im Sinne eines förderliches Lern- und Lebensumfelds, Anwendung eines Sozialindex bei der Finanzierung von Schulen
- **Ausbau der Ganztagschule** für Kinder- und Jugendliche sowie der **gemeinsamen Schule der 10- bis 15-Jährigen**, die von innerer Differenzierung und Individualisierung geprägt ist
- **Öffnung von Schule für außerschulische Angebote** wie bspw. Kinder- und Jugendorganisationen (gemäß B-JFG § 4), bessere Verschränkung von Schule und außerschulischer Jugendarbeit
- **Ausbau des Angebots an SozialarbeiterInnen,** PsychologInnen und MediatorInnen an Schulen
- **Abschaffung sämtlicher Studiengebühren** für alle Studierenden aller Einrichtungen
- **Zukunftsfähige Schulen:** Überarbeitung der Lehrpläne hinsichtlich Aktualität der Inhalte unter Einbeziehung junger Menschen



5. Arbeitsmarkt

Wer bereits in jungen Jahren von Erwerbsarbeitslosigkeit betroffen ist, kämpft oftmals langfristig mit gravierenden negativen Folgen. Es muss daher ein gesellschaftspolitisches Ziel sein, dass jungen Menschen ein guter Einstieg in den Arbeitsmarkt möglich ist. Arbeitsplätze, die qualitativ und fair entlohnt sind, sind nicht nur für junge Menschen essentiell, sondern auch für Eltern von noch nicht erwerbstätigen Kindern.

WIR FORDERN: Jobs, die sich wirklich lohnen und genug Zeit für das Leben abseits der Erwerbsarbeit lassen!

Das heißt:

- **Bekämpfung von prekären Arbeitsverhältnissen**, inklusive unbezahlter Praktika und Bekämpfung der Aushöhlung arbeitsrechtlicher Schutzstandards, bspw. Scheinselbständigkeit
- **Maßnahmen gegen Jugendarbeitslosigkeit**, wie flächendeckende AMS-Stellen spezifisch für Jugendliche, geschlechter- und diversitätssensible Berufs- und (Aus-) Bildungsorientierung sowie jugendspezifische Beratungs- und Coachingangebote
- **Stärkung der Lehre**: Förderung der betrieblichen Lehrausbildung, regelmäßige Qualitätskontrollen (auch bei der überbetrieblichen Lehrausbildung), Schaffung eines Fonds für Jugendbeschäftigung (Orientierung am Modell der Vorarlberger Metallindustrie) und Maßnahmen zur Steigerung der Attraktivität der Lehrausbildung
- **Arbeitszeitverkürzung und flexiblere Arbeitszeiten zur Stärkung der Vereinbarkeit mit unterschiedlichen Lebenssituationen**, bspw. durch freiwillig gewählte Teilzeit, Reduktion auf 35 Wochenstunden bei vollem Lohnausgleich für kleine und mittlere Einkommen
- **Weiterführung und Ausbau der „AusBildung bis 18“** durch Erweiterung der bedarfsorientierten Angebotslandschaft und Zugang für alle Jugendlichen die in Österreich leben, unabhängig von Herkunft und Status.
- **Öffnung weiterer (Aus-)Bildungsmöglichkeiten** (zusätzlich zur teilweisen Öffnung der Lehre seit Juni 2012) und **Schaffung sinnvoller Beschäftigungsmöglichkeiten für jugendliche AsylwerberInnen** spätestens sechs Monate nach Asyl-antragsstellung



6. Gesundheit

Physische und psychische Gesundheit sind die Basis für ein gutes Leben von Kindern und Jugendlichen. Geeignete politische Rahmenbedingungen sind verantwortlich dafür, dass bereits in jungen Jahren der Grundstein für ein gesundes Leben gelegt wird.

WIR FORDERN: Gesundes, selbstbestimmtes Aufwachsen für Kinder und Jugendliche in allen relevanten Politikbereichen sicherstellen!

Das heißt:

- **Österreichweit bedarfsgerechter Ausbau von diagnostischen und therapeutischen Angeboten** und Abschaffung der privaten Zuzahlungen bei Physio- und Ergotherapie, Logopädie, Psychotherapie sowie Kinder- und Jugendpsychiatrie
- **Zugang zu bedarfsgerechten Gesundheitsleistungen für alle Kinder und Jugendlichen**
- **Zugang zu gesunder und nachhaltiger Ernährung** (bspw. gesundes Mittagessen für Kinder in allen Bildungseinrichtungen) und **Bewegungsmöglichkeiten** sowie **Informationen** für Kinder und Eltern
- **Leistbare Verhütungsmittel** für junge Menschen und **flächendeckende Aufklärung und Beratung zu Sexualität und sexueller Selbstbestimmung**
- **Senkung des Steuersatzes auf Menstruationshygieneartikel auf max. 10 Prozent**, Enttabuisierung und flächendeckende hochwertige, altersadäquate sexuelle Bildung, die auch Themen wie Menstruation und Körperbilder miteinschließt
- **Einbeziehung von ExpertInnen, externen Vereinen und Organisationen im Zuge von sexueller Bildung bzw. Sexualpädagogik an Schulen**, Rücknahme des Entschließungsantrags von Juli 2019



7. EU und Internationales

Das Leben von Kindern und Jugendlichen wird von globalen Zusammenhängen beeinflusst. Entscheidungen dürfen nicht kurzfristig getroffen werden, sondern müssen in einen europäischen und internationalen Kontext gesetzt werden.

WIR FORDERN: Bekenntnis zu einem gemeinsamen Europa und globaler Verantwortung!

Das heißt:

- **Jugendpartizipation auf allen europäischen und internationalen Ebenen,** Weiterentwicklung des EU-weit etablierten Instruments des Jugenddialogs: In Österreich sollen die Ergebnisse dieses Beteiligungsprozesses verbindlich bearbeitet und umgesetzt werden.
- **EU-Jugendstrategie:** Die neue EU-Jugendstrategie, die unter Österreichs EU-Ratspräsidentschaft 2018 beschlossen wurde, soll auch für jugendpolitische Maßnahmen in Österreich als Leitlinie dienen. Die in der Jugendstrategie enthaltenen Youth Goals sollen auch als inhaltliche Richtlinie für die kommenden europäischen Programmgenerationen dienen.
- **Gesamteuropäische Initiativen und Lösungen gegen Jugendarbeitslosigkeit**
- **Internationale Mobilität fördern,** von Erasmus bis Interrail
- **Ausbau von (europa-)politischer Bildung und Globalem Lernen** sowie internationalen Austausch- und Partnerschulprojekten



8. Diversität und Inklusion

Kinder und Jugendliche sind unterschiedlich und einzigartig. Alle sollen, unabhängig von Geschlecht, Herkunft, körperlichen Fähigkeiten oder sonstigen Faktoren, die gleichen Rechte und Chancen haben.

WIR FORDERN: Bekenntnis zu einer inklusiven Gesellschaft und solidarischem Zusammenleben!

Das heißt:

- **Barrierefreier Zugang zu Bildung, Ausbildung und Arbeitsmarkt**, umfassende Inklusion von Menschen mit Behinderung, Schaffung eines inklusiven Bildungssystems und weitgehende Inklusion von Kindern und Jugendlichen mit Behinderung in das Regelschulsystem durch ein **effektives und einheitliches Gesetz** für das gesamte Bildungssystem **zur Förderung von Inklusion** von der Krippe bis zum tertiären Bildungsbereich
- **Ausfinanzierte Unterstützungsleistungen für junge Menschen mit Behinderung zur Gewährleistung von sozialer Teilhabe**, z.B. persönliche Assistenz.
- **Gelebte Diversität in der Schule und Abbau von Diskriminierungen** z.B. aufgrund von Geschlecht, sexueller Orientierung, Herkunft oder Religion (bspw. Überarbeitung von Unterrichtsmaterialien, vielfältige Sprachangebote und Schaffung von ersprachlichem Unterrichtsangebot für SchülerInnen mit nicht-deutscher Erstsprache bei gleichzeitiger Anerkennung von Vielfalt in der Klasse als Chance)
- **Verbesserung der Situation junger Flüchtlinge**, bspw. durch Erhöhung der Unterbringungs- und Betreuungsstandards in Anlehnung an die Kinder- und Jugendhilfe, Inklusion in die „AusBildung bis 18“
- **Flächendeckendes und kostenloses Angebot an Deutschkursen** zur Erlangung ausreichender Sprachkompetenz
- **Ausbau bestehender und Einführung neuer politischer Partizipationsmöglichkeiten für Menschen mit nicht-österreichischer Staatsbürgerschaft** (bspw. Wahlrecht für Menschen, die seit mindestens zehn Jahren ihren Hauptwohnsitz mit faktischem Lebensmittelpunkt in Österreich haben und über ausreichend Deutschkenntnisse verfügen)
- **Schutz und Förderung von Minderheitenrechten sowie kultureller und sprachlicher Vielfalt**



9. Gender Equality

Kinder und Jugendliche sollen in einer Welt aufwachsen, in der alle Menschen – unabhängig von ihrem Geschlecht – die gleichen Chancen und Rechte haben. Die gesellschaftliche Gleichstellung aller Geschlechter muss dabei in sämtlichen Bereichen (soziale, kulturelle, politische Partizipation, Erwerbsleben etc.) sichergestellt werden.

WIR FORDERN: Gleichberechtigung aller Menschen unabhängig von ihrem Geschlecht!

Das heißt:

- **Aufbrechen von Geschlechter-Stereotypen** bereits in Kindergarten und Schule, bspw. durch Überarbeitung von Bildungsmaterialien und verstärkte geschlechtersensible Berufsorientierung, Sichtbarmachen von Geschlechtervielfalt und Sexualitäten im Schulalltag
- **Gleichberechtigte Aufteilung unbezahlter Arbeit und Schaffung eines Karenzmodells**, das eine **gleichberechtigte Aufteilung der Karenzzeit zwischen Müttern und Vätern** fördert
- **Ausbau flächendeckender Kinderbetreuung** mit geeignetem Betreuungsschlüssel und ganztägigen Öffnungszeiten, die sich an den Bedürfnissen von berufstätigen Eltern orientieren
- **Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit, Abschaffung des Gender Pay Gap**, anonymisierte Nutzbarmachung der Lohn- und Gehaltsdaten aus der Privatwirtschaft in Anlehnung an den öffentlichen Dienst zur vollständigen Darstellung des Gender Pay Gap
- **Geschlechterparität im österreichischen Parlament, der nächsten Bundesregierung und den leitenden Gremien aller staatlichen Institutionen**
- **Wirksame Strategien gegen sexualisierte, sexistische und diskriminierende Bilder und Berichterstattung in Werbung und Medien**
- **Bessere finanzielle Absicherung von frauen- und genderpolitisch tätigen Organisationen und Institutionen**



10. Netzpolitik und Digitalisierung

Kinder und Jugendliche wachsen in einer Welt auf, in der die Trennlinien von online und offline fließend sind. Das Internet ist ein Ort des Zusammenlebens und muss dementsprechend gestaltet werden. Junge Menschen sollen sich sicher, kompetent und fair an diesem Ort bewegen können.

WIR FORDERN: Gutes Zusammenleben in einer digitalen Welt!

Das heißt:

- **Verstärkte Medienbildung in Schule und Jugendarbeit**, kritische Auseinandersetzung mit Inhalt und Technik, bspw. technische Grundkenntnisse in Programmieren
- **Aktiv gegen Hass im Netz**: Stärkung von Zivilcourage in Schule und Jugendarbeit sowie konsequente Anwendung der entsprechenden Rechtsmittel
- **Sicherung der Netzneutralität**, also der gleichberechtigten Übertragung von Daten im Netz
- **Flächendeckender Breitbandausbau, einfacher Zugang zu Internet vor allem auch im ländlichen Raum und kostenlos nutzbares WLAN im öffentlichen Raum**
- **Keine Wiedereinführung der Vorratsdatenspeicherung**, Verschlüsselung ist Selbstschutz und darf nicht verfolgt oder untergraben werden



11. Leistbares Leben

Für Kinder, Jugendliche und deren Eltern muss ein gutes, gesundes und selbstbestimmtes Leben möglich und auch in Zukunft finanziell abgesichert sein.

WIR FORDERN: Ein Leben für Kinder und Jugendliche in sozialer Sicherheit!

Das heißt:

- Einführung einer bundesweit einheitlichen universellen **Kindergrundsicherung**, die soziale Sicherheit ermöglicht und Kinderarmut effektiv bekämpft, **Durchführung einer Kinderkostenstudie**
- **Ausbau des Anspruchs auf Unterhaltsvorschuss und Abbau von bürokratischen Hürden beim Zugang zu sozialen Dienstleistungen**, Verkürzung der Bearbeitungszeit bei Anträgen
- **Erhöhung der Familienbeihilfe sowie Anhebung der Anspruchsberechtigung bis zum 27. Lebensjahr**
- Jugendliche sollen **ab dem 17. Lebensjahr selbst den Antrag auf Direktauszahlung der Familienbeihilfe** ohne Zustimmung der Eltern stellen können.
- **Erhöhung der Studienbeihilfe** sowie der Bemessungsgrundlagen und Zuverdienstgrenzen
- **Leistbares Wohnen für Junge**: Spezifische Fördermodelle für das erste Eigenheim (Miete und Eigentum) und Gebührenreformen (bspw. MaklerInnenprovision für MieterInnen sowie Mietvertragsgebühr abschaffen)
- **Absicherung des gesetzlichen Pensionssystems**: Beibehaltung des Umlageverfahrens, Abschaffung von Pensionsprivilegien, Reduktion der staatlichen Subventionen für die zweite und dritte Säule des Pensionssystems sowie bei der privaten Pensionsvorsorge
- **Überarbeitung der Sozialhilfe neu**: Bundesweit einheitliche Mindeststandards zur Sicherung der kindlichen Bedürfnisse durch bedarfsgerechte Kinderrichtsätze ohne Staffelung nach Alter oder Anzahl der Kinder; Ausweitung der Anspruchsberechtigten auf Studierende, die von der Studienbeihilfe ausgenommen sind, und SchülerInnen sowie Wiedereinbeziehung subsidiär Schutzberechtigter.
- **Wiedereinführung der Erbschafts- und Schenkungssteuer**
- **Flächendeckender Zugang zu kostenlosen Freizeit- und Sportangeboten** für Kinder und Jugendliche



12. Außerschulische Kinder- und Jugendarbeit

Außerschulische Kinder- und Jugendarbeit eröffnet alternative Räume und non-formale Lernsettings für junge Menschen, in denen sie wachsen und sich ausprobieren können. Sie leistet damit einen wichtigen gesellschaftlichen Beitrag für mehr Partizipation und sozialen Zusammenhalt.

WIR FORDERN: Kinder- und Jugendarbeit muss in ihrem Wert anerkannt werden und adäquate Ressourcen erhalten!

Das heißt:

- Schaffung eines gesetzlichen Rechtsanspruchs auf **Sonderurlaub für freiwilliges Engagement im Rahmen von Kinder- und Jugendarbeit**: bis zu 5 Tage, angelehnt an existierende Modelle wie bspw. in Bayern
- **Erhöhung und Wertanpassung der seit 2001 stagnierenden Bundes-Jugendförderung**
- **Stärkung der non-formalen Bildung** und Anerkennung non-formal erworbener Kompetenzen
- **Förderung qualitätsgesicherter Ausbildungen** für Personen, die in der außerschulischen Kinder- und Jugendarbeit tätig sind (z.B. zertifizierte Ausbildungen durch aufZAQ und ähnliche Zertifizierungsanbieter).

